

sichtsbehörde beruhe und sie sich an diese gehalten habe, kann zwar ein Ermessens- und Beurteilungsspielraum vorab durch generelle Abwägungen im Rahmen etwa von Verwaltungsvorschriften eingeschränkt und das eingeräumte Ermessen antizipiert für alle Regelfälle ausgeübt werden. Auch in diesem Fall sind jedoch die tragenden Erwägungen der „Vorgaben“ in nachvollziehbarer und überprüfbarer Weise darzulegen und sodann darzustellen, dass der den Verwaltungsvorschriften zugrundeliegende Regelfall auch im konkreten Einzelfall vorliegt.

Dies ist hier nicht erfolgt. Zwar führt die Antragsgegnerin aus, dass Hintergrund des Besuchsverbots die weiterhin grassierende Pandemie sei und dieses dazu diene, die Kontakte der Gefangenen und Untergebrachten mit externen Personen und das damit verbundene Ansteckungsrisiko zu minimieren. Es ist jedoch bereits unklar, ob zur Reduzierung des Infektionsrisikos derzeit ein generelles Besuchsverbot mit Ausnahmen für Angehörige i.S.d. § 11 Abs.1 StGB und enge Bezugspersonen besteht oder ob Besuche generell erlaubt sind, hiervon aber Personen, die keine Angehörige oder enge Bezugspersonen sind, ausgenommen sind. Ferner fehlt es an jeglichen Darlegungen, auf welchen konkreten Anknüpfungstatsachen die Einschätzung (erhöhtes Infektionsrisiko) konkret beruht und inwiefern der angestrebte Zweck (Reduzierung des Infektionsrisikos) auch durch andere Maßnahmen (Masken, technische Schutzvorrichtungen, Abstand, Tests u.ä.) erreicht werden kann. Schließlich lässt auch die von der Antragsgegnerin vorgenommene Abwägung zwischen dem Interesse des Antragstellers an den beantragten Besuchen einerseits und dem Sicherheitsbedürfnis von allen Untergebrachten andererseits befürchten, dass sie angesichts des klaren Wortlauts von § 23 JVollzGB V, der eine solche Abwägung nicht vorsieht, von einem zu weiten Ermessensspielraum ausgegangen ist. Zumal angesichts der für J F und P M bereits erteilten Besuchsgenehmigung dann zumindest auch der Rechtsgedanke des § 81 JVollzGB V zu berücksichtigen gewesen wäre.

Überdies erscheint fraglich, ob gemäß § 23 JVollzGB V, der Besuchsverbote abschließend regelt, Besuche auch dann verboten werden können, wenn die Gefährdung nicht von dem einzelnen Besuch ausgeht, sondern Besuche nur in ihrer Gesamtheit geeignet sind, einen Gefährdungstatbestand zu begründen. Jedenfalls hätte es auch hierzu näherer Darlegungen anhand der konkreten Bestimmungen der herangezogenen Rechtsgrundlage bedurft.

Nur ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Antragsgegnerin bislang auch ihre Einschätzung, dass J F und P M keine engen Bezugspersonen des Antragstellers seien, nicht hinreichend dargelegt hat. Insofern fehlt es bereits an Darlegungen nach welchen Kriterien, sie das Vorhandensein einer engen Bezugsperson überhaupt bestimmt. Allein der Umstand, dass diese den Antragsteller bislang noch nie besuchten, ist jedenfalls noch kein taugliches Krite-